

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 28 241.
Für die Nachhefte: 20011.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neufch & Neufch in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Regierungserklärung Poincarés.

Europas Befreiung von den „deutschen Träumen“.

Eine Sah- und Drohschrift des neuen Mannes.

Paris, 19. Jan. Die Blätter bringen bereits Mitteilungen über den Inhalt der heute zu erwartenden Regierungserklärung.

Der Wortlaut des Schriftstückes sei bereits festgelegt. Es umfasse vier Seiten von Poincarés eigener Hand eng beschrieben. Dem „Zeit Journal“ zufolge wird die Regierung ausführen, sie wolle die bestehenden Allianzen befestigen und

sich an den Versailler Vertrag halten.

Für die Konferenz von Genua werde Frankreich von der Sowjetregierung vorher Garantien verlangen. Deutschland, das den Versailler Vertrag unterzeichnet habe, müsse sich endlich einmal beschließen, seine dadurch eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Im Schluß der Regierungserklärung fordert die Regierung zur nationalen Einigkeit innerhalb der Welle der Republik auf.

Ueber den weiteren Inhalt der Regierungserklärung meißt der „Zeit Parisien“ zu melden, daß die Regierung darin zunächst Fragen der inneren Politik berühren wird, so z. B. die der Stellung der „Banque Industrielle de Chine“. Sodann wird sie über das neue Mietgesetz und über die Vorschläge zur

Reorganisation der Armee

sprechen. Der Finanzlage soll ein eigener Passus gewidmet sein. Bei dieser Gelegenheit wird auch über die Reparationsfrage gesprochen werden. Sodann wird Poincaré auf die Beziehungen Frankreichs zu seinen Alliierten eingehen und zunächst Belgien einen Gruß senden und dann von England, Italien, den Vereinigten Staaten und den Völkern der Kleinen Entente sprechen. Am Schluß der Erklärung wird Poincaré darlegen, welches seine Politik einerseits gegenüber den Alliierten, andererseits gegenüber Deutschland sein wird. Ueber diesen letzten Punkt würde Poincaré ausführen, daß Europa endgültig von den deutschen Träumen befreit werden müsse. Frankreich wolle zwar gewisse seiner Geduld, seines guten Willens und seiner Mäßigkeit ablegen, müßte aber die gerechtfertigten Reparationen erhalten und jederzeit zum Schutze der neu gegründeten Staaten bereit sein.

Frankreich müsse somit zu dem einzigen Mittel greifen, das sich seit Januar 1920 als wirksam erwiesen habe: es müsse zu dem militärischen Druck an den Rheinbrückenköpfen schreiten und sich das Recht zu einer direkten Verfolgung Deutschlands vorbehalten.

Wenn der von Lloyd George vorgeschlagene Vertrag Wirksamkeit erlangen soll, müsse Frankreich innerhalb der im Friedensvertrag versprochenen Fristen volles Recht haben, alle Druckmittel gegen Deutschland

in Anwendung zu bringen, um dieses zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu bringen und von allen Revauxes abhalten, die es in Europa zu verwirklichen sucht, abzuhalten. Dies sei weder Imperialismus, noch Militarismus. Man habe die Erlaubnis gemacht, daß kein Volk sich freiwillig schweren Verpflichtungen unterwerfe. Auch ein so zahlreiches und mächtiges Volk wie das deutsche werde auf keine gewalttätigen Ueberlieferungen nicht verzichten, wenn man nicht während einiger Jahre die Gefahren dieser Gewaltpolitik zu mahnen imstande wäre.

Wiesch geht das Gerücht, daß die Kommunisten in der heutigen Kammerdebatte heftige, kürzliche Vorwürfe gegen den Reichstag verlesen werden. Der Präsident werde jedoch gegen derartige Ausschreitungen mit größter Schärfe vorgehen und die Lärmmacher von der Sitzung ausschließen.

Kammer und Senat zur Erklärung.

Paris, 19. Jan. Die Kammer wird heute nach Verlesung der ministeriellen Erklärung durch Poincaré sofort in die Beratung der vorliegenden Interpellationen eintreten. Am Senat wird der Aristokratische Vorstoß die ministerielle Erklärung verlesen. Dort ist vorerst eine Besprechung über die allgemeine Politik der Regierung nicht geplant. (W. T. B.)

Brand in der Kammerkommission für Neues

Paris, 19. Jan. Die republikanischen Sozialisten haben beschlossen, Brand, der zu ihrer Gruppe gehört, in der Kammerkommission für Neues einen Sitz einzuräumen, auf den der Führer dieser Gruppe, Poincaré, verzichten will. Dem neuen Kabinett gegenüber will die Gruppe eine abwartende Haltung einnehmen.

Poincaré, der Kriegsverantwortliche.

Paris, 18. Jan. Von Rum veröffentlicht im „Populaire“ einen Artikel gegen Poincaré, den Kriegsminister. Nach ihm hätten bereits die Schandale-Affäre im Jahre 1898, der Algecras- und Agadir-Fall 1905 bzw. 1911 zum Kriege geführt, wenn damals Poincaré Präsident der Republik oder Ministerpräsident gewesen wäre. Mit Gewißheit fährt Rum fort, werden wir dazu kommen, die Frage der unmittelbaren und tatsächlichen Verantwortlichkeit für den Krieg zu erörtern. Daß Poincaré jetzt am Ruder ist, wird unfehlbar die Wirkung haben, dieses Problem in die vorderste Reihe der öffentlichen Kontroversen zu rücken, und jeder einzelne von uns wird dazu Stellung nehmen. Angewiesen aber dürfen wir bei der größten Wichtigkeit ein erstes Urteil der Welt als feststehend betrachten, daß Poincaré moralisch irgendwie mitverantwortlich sei. (W. T. B.)

Vorbereitungen für Genua.

Kardings drei Bedingungen für die Teilnahme Amerikas.

London, 19. Jan. Die „Morning Post“ meldet aus Washington: Die Haltung der amerikanischen Regierung zur Konferenz von Genua sei immer noch ungewiß. Wenn aus naheliegenden Gründen der Präsident die Teilnahme der Vereinigten Staaten für notwendig halten sollte, so würden drei Bedingungen daran geknüpft werden. Die Teilnahme Russlands dürfe nicht die offizielle Anerkennung der Sowjet-Republik bedeuten. Die Landrührungen müßten vermindert und die Frage der europäischen Schulden an die Vereinigten Staaten dürfe nicht erörtert werden. (W. T. B.)

Paris, 19. Jan. Die „New York Herald“

teilt mit, werden außer den Vereinigten Staaten noch 25 Nationen zu der Konferenz von Genua eingeladen. Die italienische Regierung hat den Präsidenten von Genua beauftragt, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Delegierten richtig unterzubringen und dafür zu sorgen, daß direkte telephonische und telegraphische Verbindungen mit Paris, London und Berlin hergestellt werden.

Poincaré geht nicht nach Genua.

Paris, 19. Jan. Jacques Bainville meldet in der „Acton française“, daß Poincaré nicht nach Genua gehen werde. Er habe seine Meinung in dieser Hinsicht zu oft geäußert, um ihr jetzt widerprechen zu können, und habe diese Meinung im Übrigen auch Lloyd George und Lord Curzon gegenüber kundgetan.

Die Verhandlungen über den englisch-französischen Vertrag.

London, 18. Jan. Einer neuer Meldung zufolge haben Lloyd George und Lord Curzon vor dem britischen Kabinett Erklärungen ab über die Verhandlungen in Cannes und über die Unterredungen mit dem neuen französischen Ministerpräsidenten Poincaré. Es werde angeblich über die möglichen Grundlagen des englisch-französischen Vertrags beraten. Unüberwindliche Hindernisse seien nicht vorhanden. (W. T. B.)

Englische Garantie für Belgien's Sicherheit.

Brüssel, 19. Jan. In dem Entwurf des englisch-belgischen Vertrags befindet sich eine Klausel, welche bestimmt, daß England an Belgien militärische Hilfe leisten wird, wenn Belgien von einer fremden Macht angegriffen werde. Dies bezieht sich nicht allein auf Deutschland. Der belgische Minister Jaurès wird sich nochmal nach London begeben, um auch über die belgischen Vermerke in einem Artikel auszubringen, durch den England auch den belgischen Kolonialbesitz garantieren soll.

Russlands Interesse an den Vorgängen in Indien.

Moskau, 19. Jan. Bezüglich des Interesses, das die Sowjetregierung den Vorgängen in Indien heftig, sind die Nachrichten, nicht immer glaubwürdigen, aber detaillierten Berichte über die dortigen Aufstandsbewegungen. Die belgische Mission in Indien, die im Gebiet von Malabar merkwürdig verhielt, haben. Einer der bedeutendsten Führer der Aufständischen soll ergriffen haben, der vorübergehende illegale Inhabhaber werde der letzte sein, denn unmittelbar darauf werde die Erklärung Russlands als unabhängige Republik erfolgen. Die englische Verwaltung, die durch die Vorgänge beunruhigt sei, habe in Malabar eine Bürgerwehr gebildet. Die blutigen Ausschreitungen dauern an. Eine vielstimmige Menge sei in Bengalen von der Polizei beschossen worden, wobei es viele Tote und Verwundete gab.

Die Sowjetregierung gegen Einmischungsversuche des Völkerbundes.

Stockholm, 18. Jan. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Stockholm: In der östereichischen Frage hat der Vertreter der Sowjetregierung in Helsinki erklärt, die Sowjetregierung wolle dem Völkerbund nicht gehalten, sich mit den Verhältnissen in Ostereich zu beschäftigen. Sie würde vielmehr einen solchen Versuch als feindliche Handlung ansehen. (W. T. B.)

Benech über das tschechisch-polnische Abkommen.

Prag, 18. Jan. In der heutigen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten stellte Ministerpräsident Dr. Benech die Beratung der Ratifikationsentscheidung zum tschechisch-polnischen Handelsvertrag in Verantwortung einer deutschen Antwort, daß zwischen der Tschecho-Slowakei und Polen keinerlei militärische Abkommen beständen. Ueber einige Einzelheiten des politischen Vertrages, dessen Inhalt bekannt sei, fanden noch Verhandlungen statt. Sobald sie beendet seien, werde das Abkommen veröffentlicht werden. Gegenüber der Meldung, nach der ein kommunistischer Abordneter gesagt habe, daß sich die tschechisch-polnische Politik im Schilde der französischen Besinde, müsse betont werden, daß die Tschecho-Slowakei weder französische, noch englische, noch deutsche, noch eine andere Politik verfolge, sondern einzig und allein eine tschechisch-polnische, eine, den Interessen des Staates und des europäischen Friedens und der europäischen Ruhe dienende. Ueber das Ergebnis von Cannes sagte der Ministerpräsident, es beständen wohl Differenzen, aber England und Frankreich hätten gemeinsame Interessen und würden sich in einer ganzen Reihe von Fragen einig sein. (W. T. B.)

Die Steuervorschläge der Sozialdemokratie.

Berlin, 19. Jan. Die parlamentarische Kreise mitteilen, befaßten sich die Mehrheitssozialisten in ihrer getriggen Fraktionsabstimmung mit einem Vorschlag, der auf eine Einigung in der Steuerfrage zwischen Zentrum und Mehrheitssozialisten lautet. Es handelt sich dabei um einen Kompromißvorschlag, der sich zunächst auf den § 38 des Vermögenssteuergesetzes bezieht. Nach diesem Paragraphen wird das Reichssteueropfer mit 10 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens, mindestens aber mit einem Drittel der Miete erhoben. Bei abgabepflichtigen Vermögen, die 100 000 Mark und darüber betragen, erhöht sich der zu erhebende Betrag bis auf 40 Prozent des Betrages. Dieser Prozentsatz soll nun nach dem Kompromißvorschlag wesentlich erhöht werden. Ferner ist eine Anleihe vorzulegen, und zwar eine Zwangsanleihe. Jedoch braucht man zur Fixierung der Summe zunächst die Veranlagung zur Vermögenssteuer, die noch nicht festliegt, so daß hier lediglich ein Gesetz beschlossen werden könnte, das erst in Kraft treten könnte, wenn die Veranlagung zur Vermögenssteuer fertiggestellt ist. Ein drittes Programm sehe höhere Zuschläge zur Vermögenssteuer vor. — Am Sonntagabend wollen die Führer der Parteien, auch die der Opposition, zusammenzutreten, um untereinander das Steuerprogramm und die Möglichkeit einer gemeinsamen Plattform zu erörtern. Man nimmt an, daß durch diese interfraktionelle Besprechung eine Einigung gefunden werden könne.

Kommunisten-Übungen in Berlin.

Berlin, 19. Jan. Die Berliner Kommunisten veranstalteten gestern abend Versammlungen, in denen gegen das neue Steuerprogramm der Regierung Protest erhoben und zum Schluß eine Entschließung angenommen wurde, in der die Freilassung der politischen Gefangenen der Arbeiterklasse verlangt wurde und für den 22. Januar ein neuer Hungerstreik der hiesigen Arbeiter beschlossen wurde. Die Versammlung wurde als Versammlung des Gewerkschafts der Arbeiterklasse angesetzt und die Freilassung der Gefangenen zu erlangen. Weiter wurde sich die Entschließung gegen das Mandat der U. S. V. durch vorliegende Hinweise auf die angeblichen Manipulationen der Sowjetregierung gegenüber russischen Konterrevolutionären die Einheitsfront der Proletarier in der Frage der Klassenkämpfe zu durchbrechen.

Generalfreistimmung unter den Eisenbahnern.

Berlin, 19. Jan. Am Dienstag hat in Berlin eine Versammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes gegen nur wenige Stimmen eine Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die gegenwärtigen Verhandlungen mit der Regierung nicht zu ergebnis führen würden, was im Interesse der Beamten und Arbeiter notwendig sei. Die Versammlung habe auf dem Landpunkt, daß nur der Generalfreistimm der Eisenbahner die Antwort auf die letzte Forderung sein könne. Preisermäßigungen und Hauptauftrag werden anforderbar, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen. Vom „Bündnis“ beauftragt man in amtlichen Kreisen die Frage der Klassenkämpfe zu durchbrechen. In eine solche Gefahr glaubt man dort nicht.

Die Organisationsleitungen für abwartende Haltung.

Berlin, 19. Jan. In den Reichstagen der unteren Beamtengruppen der Eisenbahn und Post in Berlin und in Sachsen, auf die als ungenügend befundenen Vorschläge des Reichsfinanzministeriums mit dem Generalfreistimm zu antworten, wird von unternommener Seite mitgeteilt, daß die Organisationsleitungen unter allen Umständen beibehalten werden, ihre Anhänger zu einer abwartenden Haltung zu veranlassen, bis die Stellungnahme des Reichstages zu den Beamtenforderungen bekannt sei. Voraussetzungen dürfte sich der Reichstag morgen mit den Forderungen der Beamten und den von den Organisationsleitungen eingereichten Denkschriften über die bisherigen Verhandlungen beschäftigen und die ganze Angelegenheit wahrscheinlich einem Ausschuss zu überweisen, so daß Anfang Februar eine Entscheidung schwerlich zu erwarten ist. Ob es aber gelingen wird, die unteren Beamten bis dahin von Forderungen zurückzuhalten, wird als zweifelhaft bezeichnet.

Die Finanznot der Gemeinden vor dem Reichstag.

Berlin, 19. Jan. Der Reichstag und der preussische Landtag nehmen heute nachmittag ihre Sitzungen wieder auf. Im Reichstag wird die Interpellation der Demokraten über die Finanznot der Gemeinden vom Minister Dr. Hermes beantwortet werden. Die Debatte darüber dürfte voraussichtlich die ganze Sitzung in Anspruch nehmen. Der Reichstag wird morgen keine Vorlagen beraten und sich im Laufe des Monats über die Verabschiedung der Steuerentwürfe befassen zu machen haben, da bei Abschluß der Finanzreform-Denkchrift an die Entente natürlich übersehen werden muß, welche Steuern der Reichstag bewilligt. Weiter wird sich der Reichstag sehr eingehend mit den Vorarbeiten für Genua beschäftigen und vor die Entscheidung gestellt werden, ob er einer Inlandszwangsanleihe zustimmen soll. In wenig Tagen wird sich der Reichstag eine neue Geschäftsordnung geben, die den Zweck hat, die Verhandlungen abzukürzen. Die Kritik bei der Beratung von Entwürfen sollen gekürzt, die Reden im allgemeinen auf 20 Minuten begrenzt werden. Weiter will man nach dem Vorbilde des preussischen Landtages reitende Abordnerte von der Teilnahme an den Sitzungen unter Verluß der Klären abschließen.

